



Brüssel, den 11. Dezember 2008  
S407/08

## **Bericht über die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie**

### **– Sicherheit schaffen in einer Welt im Wandel –**

#### **Zusammenfassung**

Fünf Jahre nach der Verabschiedung der Europäischen Sicherheitsstrategie trägt die Europäische Union mehr Verantwortung denn je zuvor in ihrer Geschichte.

Die EU bleibt ein Anker der Stabilität. Aufgrund der Erweiterung haben sich Demokratie und Wohlstand in Europa ausgebreitet. In der Balkanregion wenden sich die Dinge zum Guten. Unsere Nachbarschaftspolitik hat einen stabilen Rahmen für die Beziehungen mit den im Süden und im Osten gelegenen Partnern geschaffen; mit der Union für den Mittelmeerraum und der Östlichen Partnerschaft ist nun eine neue Dimension hinzugekommen. Seit 2003 nimmt die EU eine immer wichtigere Rolle der Krisen- und Konfliktbewältigung ein, wie etwa in Afghanistan oder in Georgien.

Trotzdem ist Europa zwanzig Jahre nach dem Kalten Krieg mit zunehmend komplexen Bedrohungen und Herausforderungen konfrontiert.

Im Nahen Osten und anderswo auf der Welt bestehen weiterhin ungelöste Konflikte, neue Konflikte brechen aus, selbst in unserer Nachbarschaft. Das Scheitern von Staaten beeinträchtigt unsere Sicherheit durch Kriminalität, illegale Einwanderung und seit kurzem auch durch Seeräuberei. Die Entwicklung des Terrorismus und der organisierten Kriminalität hat neue Bedrohungen hervorgebracht – auch innerhalb unserer eigenen Gesellschaften. Das iranische Nuklearprogramm, das wesentlich vorangeschritten ist, stellt eine Gefahr für die Stabilität in der Region und für das gesamte Nichtverbreitungssystem dar.

Die Globalisierung hat neue Möglichkeiten eröffnet. Hohe Wachstumsraten in den sich entwickelnden Ländern, ganz besonders in China, haben Millionen von Menschen aus der Armut geführt. Die Globalisierung hat jedoch auch komplexere und miteinander verknüpfte Bedrohungen entstehen lassen. Die Lebensadern unserer Gesellschaft, wie etwa Informations- oder Energieversorgungssysteme, sind anfälliger geworden. Die globale Erwärmung und die Schädigung der Umwelt verändern das Gesicht unseres Planeten. Darüber hinaus beschleunigt die Globalisierung Machtverschiebungen und rückt Wertunterschiede ins Blickfeld. Die jüngsten Turbulenzen auf den Finanzmärkten haben die Volkswirtschaften der entwickelten Länder und der Entwicklungsländer gleichermaßen erschüttert.

Europa wird sich auch diesen neuen Herausforderungen wie in der Vergangenheit gewachsen zeigen.

Mit Hilfe eines einzigartigen Instrumentariums trägt die EU bereits jetzt zu mehr Sicherheit in der Welt bei. Wir haben uns dafür eingesetzt, Sicherheit für die Menschen zu schaffen, indem Armut und Ungleichheit verringert, verantwortungsvolle Staatsführung und Menschenrechte gefördert, die Entwicklung unterstützt und die Ursachen für Konflikte und Unsicherheit angegangen werden. Die EU ist weiterhin der größte Geber für bedürftige Länder. Dauerhafte Stabilität erfordert ein langfristiges Engagement.

Während der letzten zehn Jahre konnten im Bereich der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einem integralen Bestandteil unserer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, Erfahrungen und Fähigkeiten hinzugewonnen werden, wobei über 20 Missionen entsandt wurden, um auf Krisen zu reagieren (von der Friedenskonsolidierung in Aceh nach der Tsunamikatastrophe bis hin zum Schutz von Flüchtlingen in Tschad).

Diese Leistungen sind das Ergebnis eines eigenen europäischen Konzepts für die Außen- und Sicherheitspolitik. Dennoch gibt es keinen Grund zur Selbstzufriedenheit. Um unsere Sicherheit zu gewährleisten und die Erwartungen unserer Bürger zu erfüllen, müssen wir bereit sein, das Geschehen zu gestalten. Dies bedeutet, dass wir mehr strategisch denken, effizienter handeln und unser Tätigwerden weltweit stärker in das Blickfeld rücken müssen. Am erfolgreichsten sind wir, wenn wir rechtzeitig und kohärent handeln, dabei auf die geeigneten Fähigkeiten zurückgreifen können und von der Öffentlichkeit nachhaltig unterstützt werden.

Dauerhafte Konfliktlösungen müssen alle regionalen Akteure, die ein gemeinsames Interesse an einem Frieden haben, einbinden. Souveräne Regierungen müssen Verantwortung für die Folgen ihres Handelns übernehmen und gemeinsam Verantwortung für den Schutz der Bevölkerung vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen.

Wichtig ist, dass die Länder die Grundprinzipien der VN-Charta und die Grundsätze und Verpflichtungen der OSZE einhalten. Wir müssen unmissverständlich zum Ausdruck bringen, dass die Achtung der Souveränität, der Unabhängigkeit und der territorialen Unversehrtheit von Staaten und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten nicht verhandelbar sind. Territorialfragen dürfen nirgendwo mit Bedrohung oder dem Einsatz militärischer Gewalt gelöst werden.

Auf globaler Ebene muss Europa eine führende Rolle bei einer Erneuerung der multilateralen Ordnung spielen. Die Vereinten Nationen stehen an der Spitze des internationalen Systems. Alles, was die EU im Bereich der Sicherheit unternommen hat, war mit den Zielen der VN verknüpft. Uns bietet sich die einzigartige Gelegenheit, den Multilateralismus in Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten und unseren Partnern in allen Teilen der Welt zu erneuern. Für Europa bleibt die transatlantische Partnerschaft ein unersetzliches Fundament, das auf gemeinsamer Geschichte und Verantwortung beruht. EU und NATO müssen ihre strategische Partnerschaft vertiefen, um die Zusammenarbeit bei der Krisenbewältigung zu verbessern.

Die EU hat in den letzten fünf Jahren wesentliche Fortschritte erzielt. Wir werden als ein Akteur anerkannt, der einen wichtigen Beitrag zu einer besseren Welt leistet. Dennoch ist die Umsetzung der Europäischen Sicherheitsstrategie trotz allem bisher Erreichten noch nicht abgeschlossen. Um unser Potenzial voll auszuschöpfen, müssen wir noch *kohärenter und aktiver* agieren und unsere Fähigkeiten noch mehr verstärken.

## **Einleitung**

Der Europäische Rat hat im Dezember 2003 die Europäische Sicherheitsstrategie (ESS) angenommen. Mit der ESS wurden erstmals Grundsätze und klare Ziele für die Förderung der Sicherheitsinteressen der EU auf der Grundlage unserer zentralen Werte aufgestellt. Die ESS fußt auf einem umfassenden Ansatz und ist weiterhin in jeder Hinsicht relevant.

Dieser Bericht soll die ESS nicht ersetzen, sondern vielmehr verstärken. Er bietet Gelegenheit zu prüfen, was wir in der Praxis geleistet haben und wie wir die Umsetzung verbessern können.

## **I. GLOBALE HERAUSFORDERUNGEN UND HAUPTBEDROHUNGEN**

Im Rahmen der ESS wurden verschiedene Bedrohungen und Herausforderungen für unsere Sicherheitsinteressen aufgezeigt. Fünf Jahre danach sind diese Bedrohungen und Herausforderungen immer noch vorhanden; während einige an Bedeutung zugenommen haben, gilt für alle, dass sie komplexer geworden sind.

### **Verbreitung von Massenvernichtungswaffen**

Die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen sowohl durch Staaten als auch durch Terroristen wurde in der ESS als "die potenziell größte Bedrohung für unsere Sicherheit" bezeichnet. Diese Bedrohung hat in den letzten fünf Jahren zugenommen, wodurch der multilaterale Rahmen unter Druck geraten ist. Während Libyen sein MVW-Programm eingestellt hat, müssen Iran und auch Nordkorea noch das Vertrauen der internationalen Gemeinschaft gewinnen. Eine voraussichtliche Neubelebung der zivilen Kernenergie in den kommenden Jahrzehnten bringt auch Herausforderungen für das Nichtverbreitungssystem mit sich, wenn nicht die richtigen flankierenden Sicherungsmaßnahmen getroffen werden.

Die EU ist in multilateralen Gremien sehr aktiv gewesen, wobei sie sich auf die 2003 verabschiedete MVW-Strategie stützte, und hat auch bei den internationalen Bemühungen hinsichtlich des iranischen Nuklearprogramms eine führende Rolle gespielt. Der Schwerpunkt der Strategie liegt auf der Prävention, die im Rahmen der VN-Übereinkünfte und anderer multilateraler Übereinkünfte, durch ein Auftreten als wichtiger Geber und durch Zusammenarbeit mit Drittländern und regionalen Organisationen zur Verbesserung von deren Fähigkeiten, die MVW-Verbreitung zu verhindern, geleistet werden soll.

Wir sollten dieses Konzept mit politischen und finanziellen Maßnahmen weiterverfolgen. Ein Erfolg der Konferenz zur Überprüfung des Nichtverbreitungsvertrags im Jahr 2010 ist von entscheidender Bedeutung, vor allem hinsichtlich der Stärkung des Nichtverbreitungssystems. Wir wollen dafür sorgen, dass auf dieser Konferenz ausgewogen, wirksam und konkret geprüft wird, welche Möglichkeiten bestehen, um die internationalen Maßnahmen gegen die MVW-Verbreitung zu intensivieren, die Abrüstung fortzusetzen und eine verantwortungsbewusste Entwicklung der friedlichen Nutzung der Kernenergie durch die Staaten, die dies wünschen, zu gewährleisten.

Weitere Arbeit muss zudem bei speziellen Fragen geleistet werden, die Folgendes betreffen: Unterstützung der EU für einen multilateralen Ansatz in Bezug auf den Kernbrennstoffkreislauf; Bekämpfung der Finanzierung von Proliferationsaktivitäten; Maßnahmen zur biologischen Sicherheit; Eindämmung der Proliferation von Trägersystemen, insbesondere von ballistischen Raketen. Es sollten Verhandlungen über einen multilateralen Vertrag über das Verbot der Produktion von spaltbarem Material für Kernwaffen eingeleitet werden.

## **Terrorismus und organisierte Kriminalität**

Der Terrorismus stellt innerhalb Europas und weltweit weiterhin eine große Bedrohung für unsere Existenzgrundlagen dar. In Madrid und London wurden Anschläge verübt, während andere vereitelt werden konnten; gleichzeitig spielen Terrorgruppen, die ihren Ursprung im jeweiligen Land selbst haben, auf unserem Kontinent eine immer größere Rolle. Die organisierte Kriminalität bedroht weiterhin unsere Gesellschaften durch den Handel mit Drogen, Menschen und Waffen, der mit internationalen Betrügereien und Geldwäscheaktivitäten einhergeht.

Seit 2003 hat die EU sowohl mit zusätzlichen Maßnahmen innerhalb der Union (im Rahmen des Haager Programms von 2004) als auch mit einer neuen Strategie für die externe Dimension im Bereich Justiz und Inneres, die 2005 angenommen wurde, Fortschritte bei der Bekämpfung beider Phänomene erzielt. Durch diese Maßnahmen sind grenzüberschreitende Ermittlungen und die Koordinierung der Strafverfolgung erleichtert worden. Die EU-Strategie zur Terrorismusbekämpfung, die ebenfalls 2005 angenommen wurde, beruht auf der Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts. Sie umfasst vier Aktionsschwerpunkte: Prävention von Radikalisierung und Anwerbung für den Terrorismus sowie der dafür maßgeblichen Ursachen, Schutz potenzieller Ziele, Verfolgung von Terroristen sowie Reaktion auf einen Anschlag. Zwar stehen die einzelstaatlichen Maßnahmen im Mittelpunkt, doch wurde mit der Ernennung eines Koordinators für die Terrorismusbekämpfung ein wichtiger Fortschritt auf europäischer Ebene erzielt.

Innerhalb der EU haben wir viel getan, um unsere Gesellschaften vor dem Terrorismus zu schützen. Wir sollten die Koordinierungsvereinbarungen im Falle größerer Terroranschläge, vor allem bei Anschlägen mit chemischen, radiologischen, nuklearen und biologischen Stoffen, auf der Grundlage bestehender Vorkehrungen (d.h. Krisenkoordinationsregelungen und Katastrophenschutzverfahren) verstärken. Bei der Bekämpfung der Terrorismusfinanzierung muss weitere Arbeit geleistet werden, parallel zu einer wirksamen und umfassenden EU-Politik im Bereich des Informationsaustauschs unter gebührender Berücksichtigung des Schutzes personenbezogener Daten.

Bei der Bekämpfung von Radikalisierung und Anwerbung müssen wir ebenfalls mehr tun, indem wir gegen extremistische Ideologien und Diskriminierungen vorgehen. Dem interkulturellen Dialog im Rahmen von Gremien wie der Allianz der Zivilisationen fällt eine wichtige Rolle zu.

Hinsichtlich der organisierten Kriminalität sollten die bestehenden Partnerschaften im Rahmen der Nachbarschaftspolitik und mit anderen wichtigen Partnern sowie im Rahmen der VN vertieft werden, indem Fragen wie die Wanderbewegungen und die polizeiliche und justizielle Zusammenarbeit erörtert werden. Die Umsetzung der bestehenden VN-Instrumente im Bereich der Kriminalitätsbekämpfung ist von entscheidender Bedeutung. Wir sollten unsere Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten bei der Terrorismusbekämpfung verstärken, was auch für den Austausch und Schutz von Daten gilt. Ferner sollten wir die Fähigkeiten unserer Partner in Südasien und Afrika sowie unserer südlichen Nachbarländer stärken. Die EU sollte Anstrengungen auf multilateraler Ebene, vor allem im Rahmen der VN, unterstützen.

Wir müssen interne und externe Dimensionen besser miteinander verknüpfen. Bei verschiedenen Stellen auf nationaler und europäischer Ebene muss für Verbesserungen in Bezug auf Koordinierung, Transparenz und Flexibilität gesorgt werden. Darauf wurde bereits vor fünf Jahren in der ESS hingewiesen. Die bisherigen Fortschritte waren schleppend und reichen nicht aus.

## **Sicherheit im Internet**

Moderne Volkswirtschaften sind stark abhängig von kritischen Infrastrukturen wie Verkehr, Kommunikation und Energieversorgung, aber auch vom Internet. Die 2006 verabschiedete Strategie der EU für eine sichere Informationsgesellschaft stellt auf die Internetkriminalität ab. Durch Angriffe auf private oder staatliche IT-Systeme in den EU-Mitgliedstaaten hat diese Form der Kriminalität jedoch eine neue Dimension als potentielle neue wirtschaftliche, politische und militärische Waffe erhalten.

In diesem Bereich muss weitere Arbeit geleistet werden, um die Möglichkeiten für ein umfassendes Konzept der EU auszuloten, Bewusstsein zu wecken und die internationale Zusammenarbeit zu verbessern.

## **Sicherheit der Energieversorgung**

Die Sorgen über eine Energieabhängigkeit sind in den vergangenen fünf Jahren gewachsen. Aufgrund des Produktionsrückgangs innerhalb Europas werden wir im Jahr 2030 bis zu 75% unseres Erdöl- und Erdgasbedarfs importieren müssen. Die Energielieferungen werden aus einer begrenzten Anzahl von Ländern kommen, deren Stabilität – in vielen Fällen – keinesfalls gesichert ist. Uns stellen sich daher eine Vielzahl von Sicherheits Herausforderungen, die ein verantwortungsvolles und solidarisches Vorgehen aller Mitgliedstaaten erfordern.

Unsere Antwort muss eine EU-Energiepolitik sein, die interne und externe Aspekte miteinander verbindet. Der gemeinsame Bericht des Hohen Vertreters und der Kommission vom Juni 2006 legt die wesentlichen Komponenten dieses Ansatzes dar. Innerhalb Europas bedarf es eines einheitlicheren Energiemarkts mit einem größeren Energieverbundnetz, besonderer Beachtung der vom Energiemarkt am stärksten abgeschnittenen Länder sowie Krisenreaktionsmechanismen für den Fall einer vorübergehenden Versorgungsunterbrechung.

Eine stärkere Diversifizierung der Brennstoffe, Versorgungsquellen und Transitrouten ist ebenso unerlässlich wie eine gute Verwaltungspraxis, die Achtung der Rechtsstaatlichkeit und Investitionen in Länder mit Energiequellen. Durch ihr Engagement in Zentralasien, im Kaukasus und in Afrika sowie im Wege der Östlichen Partnerschaft und der Union für den Mittelmeerraum arbeitet die EU auf diese Ziele hin. Die Energiefrage ist ein wichtiger Faktor in den Beziehungen zwischen der EU und Russland. Die Frage der Transitrouten, einschließlich durch die Türkei und die Ukraine, muss im Rahmen unserer Politik angegangen werden. Wir sollten mit unseren Partnern, einschließlich China, Indien, Japan und den USA, erneuerbare Energien, Energietechnologien mit niedrigem CO<sub>2</sub>-Ausstoß und Energieeffizienz fördern und uns mit ihnen für transparente und gut regulierte Weltmärkte einsetzen.

## **Klimawandel**

Die Auswirkungen des Klimawandels auf die Sicherheit wurden bereits 2003 in der Europäischen Sicherheitsstrategie herausgestellt. Fünf Jahre später hat sich die Dringlichkeit verschärft. Im März 2008 haben der Hohe Vertreter und die Kommission dem Europäischen Rat einen Bericht vorgelegt, in dem der Klimawandel als "Bedrohungsmultiplikator" bezeichnet wird. Naturkatastrophen, Umweltschäden und der Wettlauf um Ressourcen verschärfen Konflikte, insbesondere da, wo Armut und Bevölkerungswachstum hinzukommen, mit entsprechenden humanitären, gesundheitlichen, politischen und sicherheitspolitischen Folgen, einschließlich einer stärkeren Migration. Der Klimawandel kann auch Streitigkeiten über Handelsrouten, Meeresgebiete und vormals unerreichbare Ressourcen auslösen.

Wir haben unsere Konfliktpräventions- und Krisenbewältigungsfähigkeiten ausgebaut, müssen jedoch unsere Analyse- und Frühwarnfähigkeiten noch verbessern. Dies kann die EU nicht alleine verwirklichen. Wir müssen durch intensivere Arbeit mit den am stärksten gefährdeten Ländern erreichen, dass sie schwierigen Situationen besser gewachsen sind. Die internationale Zusammenarbeit mit den VN und regionalen Organisationen wird von entscheidender Bedeutung sein.

## **II. SCHAFFUNG VON STABILITÄT INNERHALB UND AUSSERHALB VON EUROPA**

Auf dem europäischen Kontinent ist die Erweiterung auch weiterhin ein starker Motor für Stabilität, Frieden und Reformen.

Seit Aufnahme der Verhandlungen mit der Türkei im Jahre 2005 wurde eine Reihe von Verhandlungskapiteln eröffnet. In den westlichen Balkanstaaten gab es stetige, wenn auch langsame Fortschritte. Die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien kommen gut voran. Der ehemaligen jugoslawische Republik Mazedonien wurde der Status eines Bewerberlandes verliehen. Mit den anderen westlichen Balkanstaaten wurden Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommen unterzeichnet. Serbien steht kurz davor, alle Bedingungen für eine Vertiefung der Beziehungen zur EU zu erfüllen. Die EU zählt nach wie vor zu den führenden Akteuren in Bosnien und Herzegowina; trotz der verzeichneten Fortschritte ist aber ein stärkerer Einsatz der örtlichen politischen Führer gefragt, damit festgefahrene Reformen wieder in Gang kommen.

Wir sind derzeit mit der Entsendung von EULEX Kosovo befasst, unserer bislang größten zivilen ESVP-Mission, und wir werden weiterhin substanzielle wirtschaftliche Unterstützung leisten. In der gesamten Region sind Zusammenarbeit und gutnachbarschaftliche Beziehungen unerlässlich.

Es liegt im Interesse Europas, dass die angrenzenden Länder verantwortungsvoll regiert werden. Die 2004 auf den Weg gebrachte Europäische Nachbarschaftspolitik (ENP) unterstützt diesen Prozess. Im Osten haben sich alle in Frage kommenden Länder der ENP angeschlossen, mit Ausnahme von Belarus, mit dem neuerdings Schritte in diese Richtung unternommen werden.

Mit der Ukraine wurde die Partnerschaft noch weiter ausgebaut: ein weit reichendes Assoziierungsabkommen steht kurz vor dem Abschluss. In Kürze werden wir Verhandlungen mit der Republik Moldau über ein ähnliches Abkommen aufnehmen. Zur Ergänzung der bilateralen EU-Politik in dieser für Europa so wichtigen Region wurde die Schwarzmeersynergie in die Wege geleitet.

Neue Sorgen bereiten die so genannten "eingefrorenen Konflikte" in unserer östlichen Nachbarregion. Die Situation in Georgien – in Bezug auf Abchasien und Südossetien – ist im August 2008 zu einem bewaffneten Konflikt zwischen Russland und Georgien eskaliert. Bei der internationalen Reaktion auf diesen Konflikt nahm die EU – durch Vermittlung zwischen den Konfliktparteien, Leistung humanitärer Hilfe, Entsendung einer zivilen Beobachtermission sowie erhebliche finanzielle Unterstützung – die führende Rolle ein. Wir werden unser Engagement fortsetzen, auch im Rahmen der führenden Rolle der EU in den Genfer Verhandlungen. Die Aussicht auf eine Lösung des Transnistrien-Konflikts ist durch die aktive Beteiligung der EU an den Verhandlungen im "5+2"-Format sowie die EU-Mission zur Unterstützung des Grenzschutzes näher gerückt.

In dem für uns sehr wichtigen Mittelmeerraum, der Europa große Chancen bietet, stellen sich auch weiterhin komplexe Herausforderungen, beispielsweise aufgrund der unzureichenden politischen Reformen und der illegalen Migration. Die EU und mehrere Mittelmeer-Partner, insbesondere Israel und Marokko, arbeiten an einer Vertiefung der bilateralen Beziehungen. Die ENP hat zwar den Reformen, die 1995 im Rahmen des Barcelona-Prozesses auf den Weg gebracht worden waren, neuen Auftrieb verliehen, doch sorgen regionale Konflikte in Verbindung mit einer zunehmenden Radikalisierung auch weiterhin für Instabilität.

Die EU war durch ihre Rolle im Nahost-Quartett und ihre Zusammenarbeit mit Israel, der Palästinensischen Behörde, der Arabischen Liga und anderen regionalen Partnern die treibende Kraft hinter den Anstrengungen für eine Lösung des Nahost-Konflikts. Die EU setzt sich umfassend für den Annapolis-Prozess im Hinblick auf eine Zweistaatenlösung ein, leistet anhaltende Finanz- und Haushaltshilfe für die Palästinensische Behörde, und baut Kapazitäten auf, unter anderem durch den Vor-Ort-Einsatz von Experten aus den Bereichen Justiz, Polizei und Grenzschutz. Im Libanon stellen die Mitgliedstaaten die Hauptkomponente der UNIFIL-Friedensmission. Hinsichtlich Irak hat sich die EU unter anderem durch die Mission EUJUST LEX für den politischen Prozess, für Wiederaufbau und für Rechtsstaatlichkeit eingesetzt.

Seit 2003 gibt Iran zunehmend Anlass zu Besorgnis. Das iranische Nuklearprogramm war Gegenstand mehrerer Resolutionen des VN-Sicherheitsrates und der IAEO. Die Entwicklung einer militärischen Fähigkeit im Nuklearbereich wäre eine Gefahr für die Sicherheit der EU, die nicht hingenommen werden kann. Die EU hat gemeinsam mit den USA, China und Russland einen zweigleisigen Ansatz verfolgt, der Dialog und zunehmenden Druck miteinander verbindet. Der Hohe Vertreter hat ein weit reichendes Angebot für Iran vorgelegt, um das Vertrauen wiederherzustellen und den Dialog mit der internationalen Gemeinschaft wieder aufzunehmen. Sollte hingegen das Nuklearprogramm weiter vorangetrieben werden, müssen dringend zusätzliche Maßnahmen zur Unterstützung des VN-Prozesses eingeleitet werden. Gleichzeitig müssen wir mit den Ländern in der Region, einschließlich der Golfstaaten, darauf hinarbeiten, die regionale Sicherheit zu entwickeln.

In der ESS wird anerkannt, dass die Sicherheitsinteressen Europas über seine unmittelbaren Nachbarländer hinausreichen. In diesem Zusammenhang ist Afghanistan von besonderem Belang. Europa hat eine langfristige Verpflichtung, für Stabilität zu sorgen. Die Mitgliedstaaten der EU leisten einen bedeutenden Beitrag zu der NATO-Mission und die EU setzt sich für eine verantwortungsvolle Staatsführung und für die Entwicklung auf allen Ebenen ein. Die Polizeimission der EU wird verlängert. Diese Anstrengungen werden jedoch nur erfolgreich sein, wenn Afghanistan volle Eigenverantwortung übernimmt und Unterstützung von den Nachbarländern, insbesondere Pakistan, aber auch Indien, Zentralasien und Iran, erhält. Tatsächlich bildeten bessere Aussichten auf gute Beziehungen zwischen Indien und Pakistan in den letzten Jahren ein positives Element in der strategischen Bilanz.

## **Nexus "Entwicklung – Sicherheit"**

Wie in der ESS und im Konsens zur Entwicklung (2005) anerkannt wird, ist eine nachhaltige Entwicklung ohne Frieden und Sicherheit nicht möglich und wird es ohne Entwicklung und Beseitigung der Armut keinen dauerhaften Frieden geben. Gefahren für die Gesundheit der Bevölkerung, insbesondere Pandemien, behindern nach wie vor die Entwicklung. Die Menschenrechte sind ein grundlegender Bestandteil dieser Gleichung. In vielen Konfliktgebieten oder Gebieten in Postkonfliktsituationen, begegnen wir der erschreckenden Anwendung von sexueller Gewalt als Waffe der Einschüchterung und des Terrors. Die effektive Umsetzung der Resolution 1820 des VN-Sicherheitsrates zu sexueller Gewalt in bewaffneten Konflikten ist von größter Wichtigkeit.

Konflikte sind oft mit staatlicher Fragilität verbunden. Länder wie Somalia sind in einem Teufelskreis von schwachen Regierungsstrukturen und immer wieder aufflammenden Konflikten gefangen. Wir haben uns bemüht, mit Entwicklungshilfe und Maßnahmen für mehr Sicherheit diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Dabei bilden die Reform des Sicherheitssektors sowie Entwaffnung, Demobilisierung und Reintegration Kernelemente der Stabilisierung und des Wiederaufbaus nach einem Konflikt und stehen im Mittelpunkt unserer Missionen in Guinea-Bissau oder in der DR Kongo. Die größten Erfolge werden erzielt, wenn in Partnerschaft mit der internationalen Gemeinschaft und lokalen Akteuren gehandelt wird.

Oft ist die eigentliche Konfliktursache in der rücksichtslose Ausbeutung der Naturschätze zu suchen. Wasser und Rohstoffe rufen in zunehmendem Maße Spannungen hervor, die multilaterale Lösungen erfordern. Der Kimberley-Prozess und die Initiative für die Transparenz in der Rohstoffwirtschaft bieten ein innovatives Modell für die Bewältigung dieses Problems.

## **Seeräuberei**

In der ESS wird die Seeräuberei als neue Dimension der organisierten Kriminalität hervorgehoben. Auch sie ist ein Ergebnis des Scheiterns staatlicher Strukturen. Die Weltwirtschaft realisiert 90 % ihres Handels über die Seewege und ist damit von diesen abhängig. Die Seeräuberei im Indischen Ozean und im Golf von Aden ist den letzten Monaten zu einem immer dringenderen Problem geworden und hat die Lieferung von humanitärer Hilfe nach Somalia beeinträchtigt. Die EU hat reagiert, u. a. mit ATALANTA, unserer ersten Marinemission im Rahmen der ESVP, um gemeinsam mit betroffenen Ländern und anderen internationalen Akteuren, einschließlich der NATO, gegen die Seeräuberei vor der Küste Somalias vorzugehen.

## **Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW), Streumunition und Landminen**

Der Europäische Rat hat 2005 die Strategie der EU zur Bekämpfung der Anhäufung von Kleinwaffen und leichten Waffen und dazugehöriger Munition sowie des unerlaubten Handels damit angenommen. Im Zusammenhang mit ihrer Umsetzung unterstützt die EU das Aktionsprogramm der VN auf diesem Gebiet. Die EU wird weiterhin Maßnahmen zur Bekämpfung der Gefahren infolge von unerlaubten SALW ergreifen.



Die EU hat sich nachdrücklich für das Konzept eines internationalen Vertrags über den Waffenhandel eingesetzt und beschlossen, den zu seiner Annahme führenden Prozess zu unterstützen. Die EU ist auch ein bedeutender Geber für Antiminenaktionen. Sie hat das Übereinkommen von Ottawa über das Verbot von Anti-Personenminen aktiv unterstützt und weltweit gefördert. Das Übereinkommen von Oslo über Streumunition, das im Mai 2008 in Dublin vereinbart wurde, ist ein wichtiger Schritt nach vorn bei der Bewältigung der durch diese Art von Munition verursachten humanitären Probleme, die allen EU-Mitgliedstaaten Anlass zu großer Besorgnis geben. Die Annahme eines Protokolls über diese Art von Munition im VN-Rahmen, das alle wichtigen Militärmächte einbindet, wäre ein weiterer wichtiger Schritt.

### **III. EUROPA IN EINER SICH WANDELNDEN WELT**

Um auf das sich wandelnde Sicherheitsumfeld reagieren zu können, müssen wir effektiver sein - unter uns, in unserer Nachbarschaft und in der ganzen Welt.

#### **A. Ein wirksameres und leistungsfähigeres Europa**

Unsere Fähigkeit, Herausforderungen zu bewältigen, hat sich in den vergangenen fünf Jahren verbessert und wir müssen diese Entwicklung fortsetzen. Wir müssen unseren eigenen Zusammenhalt durch eine bessere institutionelle Koordinierung und eine strategischere Beschlussfassung stärken. Die Bestimmungen des Vertrags von Lissabon bieten den Rahmen hierfür.

Im Mittelpunkt unserer Bemühungen muss die frühzeitige Prävention stehen, damit Bedrohungen nicht zu Konfliktquellen werden. Dabei sind die Friedenskonsolidierung und die langfristige Bekämpfung der Armut von zentraler Bedeutung. Jede Situation erfordert den kohärenten Einsatz unserer Instrumente, einschließlich politischer, diplomatischer, entwicklungspolitischer und humanitärer Instrumente, sowie der Instrumente der Krisenreaktion, der wirtschaftlichen und handelspolitischen Zusammenarbeit und der zivilen und militärischen Krisenbewältigung. Wir sollten auch den Dialog und unsere Vermittlungsfähigkeiten ausbauen. Die EU-Sonderbeauftragten ermöglichen der EU, Einfluss in verschiedenen Konfliktregionen auszuüben. Der Zivilgesellschaft und den NRO kommt eine vitale Rolle als Akteur und Partner zu. Unsere Wahlbeobachtungsmissionen, die von Mitglieder des Europäischen Parlaments geleitet werden, leisten ebenfalls einen wichtigen Beitrag.

Der Erfolg der ESVP als integraler Bestandteil unserer Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik äußert sich in der Tatsache, dass unsere Hilfe immer gefragter wird. Unsere Mission in Georgien hat verdeutlicht, was erreicht werden kann, wenn wir gemeinsam mit dem nötigen politischen Willen handeln. Aber je komplizierter die sich uns stellenden Herausforderungen sind, umso flexibler müssen wir sein. Wir müssen in unserem Engagement Prioritäten setzen, die den Ressourcen entsprechen. Gefechtsverbände und zivile Krisenreaktionsteams haben unsere Krisenreaktionsfähigkeit verbessert.

Geeignete und wirksame Befehlsstrukturen und Hauptquartiere sind von entscheidender Bedeutung. Unsere Fähigkeit, zivile und militärische Expertise von der Konzipierung und Planung einer Mission bis hin zu ihrer Einrichtung miteinander zu kombinieren, muss gestärkt werden. Wir entwickeln diesen Aspekt der ESVP, indem wir geeignete Verwaltungsstrukturen, Finanzmechanismen und Systeme schaffen. Es gibt auch noch Spielraum, um die Ausbildung, gestützt auf das Europäische Sicherheits- und Verteidigungskolleg und das Austauschprogramm für junge europäische Offiziere nach dem Erasmus-Modell, zu verbessern.

Wir müssen die Menschenrechtsfragen weiter durchgängig bei allen Aktivitäten in diesem Bereich, einschließlich ESVP-Missionen, berücksichtigen, indem wir einen Ansatz verfolgen, der auf die Menschen ausgerichtet ist und im Einklang mit dem Konzept der menschlichen Sicherheit steht. Die EU erkennt die Rolle der Frauen bei der Friedenskonsolidierung an. In diesem Zusammenhang ist es wesentlich, die Resolution 1325 des VN-Sicherheitsrates betreffend Frauen und Frieden und Sicherheit und die Resolution 1612 des VN-Sicherheitsrates betreffend Kinder und bewaffnete Konflikte effektiv umzusetzen.

Im Hinblick auf zivile Missionen müssen wir in der Lage sein, geschultes Personal mit vielfältigen Kompetenzen und Sachkenntnissen zusammenzuführen, es in kurzer Zeit zu verlegen und über lange Zeit im Einsatz zu halten. Wir benötigen volle Interoperabilität zwischen den nationalen Kontingenten. Dementsprechend haben die Mitgliedstaaten zugesagt, nationale Strategien zu erarbeiten, um Experten sowie mehr einsatzfähiges Personal für die Missionsunterstützung zur Verfügung stellen zu können, wobei dies auch die entsprechende Haushaltsplanung und Beschaffung einschließt. Die Bereitstellung und Beschaffung von Ausrüstung sollte effizienter gestaltet werden, um eine fristgemäße Entsendung der Missionen zu ermöglichen.

In Bezug auf die militärischen Missionen müssen wir unsere Anstrengungen hinsichtlich der Fähigkeiten sowie die gegenseitige Zusammenarbeit und Vereinbarungen über die Lastenteilung weiter ausbauen. Die Erfahrungen haben gezeigt, dass besonders bei Schlüsselfähigkeiten wie strategischer Lufttransport, Hubschrauber, weltraumgestützte Mittel und Seeüberwachung weitere Anstrengungen erforderlich sind (wie in der Erklärung über die Verstärkung der Fähigkeiten ausführlicher dargelegt wird). Diese Anstrengungen müssen durch eine europaweite weitbewerbsfähige und robuste Verteidigungsindustrie und eine stärkere Investition in Forschung und Entwicklung, unterstützt werden. Die Europäische Verteidigungsagentur hat diesen Prozess seit 2004 erfolgreich gelenkt und sie sollte dies auch weiterhin tun.

## **B. Ein größeres Engagement gegenüber unseren Nachbarn**

Durch die ENP wurden die bilateralen Beziehungen einzelner Länder zur EU gestärkt. Im Rahmen dieses Prozesses muss nun die regionale Integration entwickelt werden.

Die im Juli 2008 ins Leben gerufene Union für den Mittelmeerraum bietet eine neue politische Dynamik, um diesen Prozess mit unseren südlichen Partnern im Rahmen eines weit reichenden Programms, u. a. in den Bereichen maritime Sicherheit, Energie, Wasser und Migration, weiterzuverfolgen. Einen wichtigen Teil wird die Behandlung von Sicherheitsbedrohungen wie dem Terrorismus bilden.

Mit einem beträchtlichen Ausbau der politischen, wirtschaftlichen und handelspolitischen Beziehungen sieht die Östliche Partnerschaft einen echten Wechsel in den Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn vor. Ziel ist es, Wohlstand und Stabilität in diesen Ländern und damit auch die Sicherheit der EU zu erhöhen. Die Vorschläge umfassen die unterschiedlichsten bilateralen und multilateralen Bereiche der Zusammenarbeit, darunter auch die Sicherheit der Energieversorgung und der Personenverkehr.

Dauerhafte Stabilität in unserer Nachbarschaft wird weitere Anstrengungen der EU gemeinsam mit den VN, der OSZE, den USA und Russland erfordern. Unsere Beziehungen zu Russland haben sich infolge des Konflikts mit Georgien verschlechtert. Die EU erwartet von Russland, dass es seinen Verpflichtungen in einer Weise nachkommt, die es ermöglicht, das notwendige Vertrauen wiederherzustellen. Unsere Partnerschaft sollte auf der Achtung gemeinsamer Werte, insbesondere der Menschenrechte, der Demokratie und der Rechtsstaatlichkeit, auf marktwirtschaftlichen Prinzipien sowie auf gemeinsamen Interessen und Zielen beruhen.

Es bedarf anhaltender Anstrengungen, um die Konflikte im Südkaukasus, in der Republik Moldau sowie zwischen Israel und den arabischen Staaten anzugehen. Hier wie auch in anderen Bereichen wird dem uneingeschränkten Engagement mit den VS zentrale Bedeutung zukommen. Auf jeden Fall müssen für eine dauerhafte Regelung alle regionalen Akteure zusammengeführt werden. Länder wie die Türkei, Ägypten, Jordanien, Saudi Arabien und Katar haben eine immer wichtigere Rolle in der Region gespielt, was für Iran hingegen nicht zutrifft. Eine besondere Gelegenheit bietet sich für die Zusammenarbeit mit der Türkei, nicht zuletzt auch über die Allianz der Zivilisationen.

### **C. Partnerschaften für einen wirksamen Multilateralismus**

In der ESS wird Europa aufgerufen, zu einer wirksameren multilateralen Weltordnung beizutragen. Seit 2003 haben wir unsere Partnerschaften im Sinne dieses Ziels verstärkt. Der wichtigste Partner für Europa in diesem und in anderen Bereichen sind die USA. Wo immer sie zusammengearbeitet haben, waren die EU und die USA eindrucksvolle Streiter für das Gute in der Welt.

Die Vereinten Nationen stehen an der Spitze des internationalen Systems. Alles, was die EU im Bereich der Sicherheit unternommen hat, war mit den Zielen der VN verknüpft. Die EU arbeitet in wichtigen Einsatzgebieten, einschließlich Kosovo, Afghanistan, DRK, Sudan/Darfur, Tschad und Somalia eng mit den VN zusammen und hat ihre institutionellen Verbindungen im Einklang mit der Gemeinsamen EU/VN-Erklärung von 2007 verbessert. Wir unterstützen alle 16 laufenden Friedensoperationen der VN.

Die EU und die NATO haben vor Ort in den Balkanstaaten und in Afghanistan gut zusammengearbeitet, auch wenn keine Fortschritte in den formellen Beziehungen erreicht werden konnten. Wir müssen diese strategische Partnerschaft im Dienste unserer gemeinsamen Sicherheitsinteressen ausbauen, indem wir die operative Zusammenarbeit bei uneingeschränkter Achtung der Entscheidungsautonomie jeder einzelnen Organisation verbessern und die Arbeit hinsichtlich der militärischen Fähigkeiten fortsetzen. Seit 2003 haben wir unsere Beziehungen zur OSZE, insbesondere in Georgien und im Kosovo, vertieft.

Wir haben unsere Beziehungen zu China erheblich ausgebaut. Zu Kanada und Japan bestehen seit langem enge Beziehungen. Russland ist nach wie vor ein wichtiger Partner in globalen Fragen. Unsere Beziehungen zu Indien sind noch ausbaufähig. Die Beziehungen zu anderen Partnern wie Brasilien, Südafrika und – innerhalb Europas – Norwegen und der Schweiz haben sich seit 2003 beachtlich entwickelt.

Die EU arbeitet mit regionalen Organisationen, insbesondere mit der Afrikanischen Union, enger zusammen. Durch die Gemeinsame Strategie Afrika-EU unterstützen wir den Ausbau der afrikanischen Kapazitäten im Bereich des Krisenmanagements, einschließlich regionaler Bereitschaftstruppen und eines Frühwarnsystems. Wir haben die Verbindungen zu unseren zentralasiatischen Partnern durch die 2007 angenommene Strategie vertieft, die einen intensiveren politischen Dialog und Maßnahmen in Bereichen wie Wasser, Energie, Rechtsstaatlichkeit und Sicherheit umfasst. Außerdem hat die EU ihren Dialog mit dem ASEAN über regionale Fragen wie Birma sowie ihren Dialog mit der SAARC und Lateinamerika verstärkt. Aufgrund unserer Erfahrungen kommt der EU eine besondere Rolle bei der Förderung regionaler Integration zu. Wenn andere sich bemühen, unserem Beispiel ihren eigenen Verhältnissen entsprechend zu folgen, sollten wir sie dabei unterstützen.

Das internationale System, das nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs geschaffen wurde, ist Druck an mehreren Fronten ausgesetzt. Die Vertretung in den internationalen Institutionen wird in Frage gestellt. Es ist erforderlich, die Legitimität und Wirksamkeit zu verbessern und die Beschlussfassung in multilateralen Foren effizienter zu gestalten. Das bedeutet, Beschlüsse müssen verstärkt gemeinsam gefasst werden und anderen muss eine größere Teilhabe ermöglicht werden. Angesichts gemeinsamer Probleme gibt es keine Alternative zu gemeinsamen Lösungen.

Zu den Schlüsselprioritäten zählen der Klimawandel und der Abschluss der Doha-Runde der WTO. Die EU leitet die Verhandlungen über ein neues internationales Übereinkommen über den Klimawandel und muss alle Hebel in Bewegung setzen, um 2009 in Kopenhagen ein anspruchsvolles Ergebnis zu erreichen. Wir sollten die 2005 eingeleitete Reform des VN-Systems fortführen und die maßgebliche Rolle des Sicherheitsrates und seine Hauptverantwortlichkeit für die Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit in der Welt bewahren. Neben umfassenderen Bemühungen der EU um die Stärkung der internationalen Strafrechtspflege und der Menschenrechte müsste die Effizienz des Internationalen Strafgerichtshofs weiter erhöht werden. Wir müssen den IWF und andere Finanzinstitutionen so gestalten, dass sie die Realitäten der Gegenwart widerspiegeln. Die G-8 sollte umgestaltet werden. Außerdem müssen wir unsere gemeinsamen Anstrengungen zur Erfüllung der Millenniums-Entwicklungsziele fortsetzen.

Hierbei handelt es sich um Querschnittsfragen, die sowohl die Innen- als auch die Außenpolitik betreffen. Tatsächlich veranschaulichen sie, in welchem Maße Souveränität Verantwortung mit sich bringt - im 21. Jahrhundert mehr denn je zuvor. Unter Achtung der zentralen Menschenrechte sollte die EU die auf dem VN-Weltgipfel 2005 erzielte Übereinkunft, dass wir die gemeinsame Verantwortung für den Schutz der Völker vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit tragen, weiter voranbringen.

\*\*\*

Es ist von grundlegender Bedeutung, die Unterstützung der Öffentlichkeit für unser globales Engagement zu bewahren. In modernen Demokratien, in denen die Medien und die öffentliche Meinung von maßgeblicher Bedeutung für die Politikgestaltung sind, ist das Engagement der Bevölkerung entscheidend, um unseren Verpflichtungen im Ausland weiter nachzukommen. Wir entsenden Polizisten, Rechtsexperten und Soldaten in instabile Gebiete auf der ganzen Welt. Die Regierungen, die Parlamente und die EU-Organen haben die Pflicht, nachzuweisen, wie dies zu unserer eigenen Sicherheit beiträgt.

Vor fünf Jahren hat die ESS skizziert, wie die EU eine Triebkraft für eine gerechtere, sicherere und geeintere Welt werden könnte. Wir sind dem ein großes Stück näher gekommen. Aber die Welt um uns herum wandelt sich schnell, neue Bedrohungen entstehen und Machtverhältnisse wechseln. Um ein sicheres Europa in einer besseren Welt aufzubauen, müssen wir mehr Einfluss auf das Geschehen nehmen. Und zwar jetzt gleich.